

*Arbeitstagung „Kirchenkampf in Westfalen“
vom 24. bis 26. Oktober 1986 in Iserlohn*

Über ein Jahr währten die Vorbereitungen der Kommission zur Erforschung des Kirchenkampfes in Westfalen, bevor Landeskirchenrat Dr. Ernst Brinkmann die Tagung „Kirchenkampf in Westfalen“ am Nachmittag des 24. Oktober 1986 eröffnete, nachdem bereits am Vormittag eine Kommissionssitzung unter Mitwirkung von Prof. Dr. Kurt Meier stattgefunden hatte. Ein dichtgedrängtes Programm von zehn Vorträgen erwartete die 50 Tagungsteilnehmer, wobei der erste Tag unter stärker allgemeineren Kirchenkampft Themen stand, der mehrheitliche Rest der Tagung aber den Desiderata in der westfälischen Kirchenkampfgeschichtsschreibung gehörte. Hierzu konnten aus mehreren Forschungsprojekten Berichte erwartet werden. Begleitet wurde die Tagung durch eine von Studiendirektor Helmut Geck dokumentierte Ausstellung über den Kirchenkampf im Kirchenkreis Recklinghausen.

Deutliche Akzente für den gesamten Tagungsverlauf setzte der Leipziger Professor für kirchliche Zeitgeschichte an der Sektion Theologie der Karl-Marx-Universität, Kurt Meier, in seinem Referat: „Methodische Anmerkungen zum gegenwärtigen Stand der Kirchenkampfgeschichtsforschung. Der Ertrag des Barmen-Gedenkjahres“, das in diesem Jahrbuch abgedruckt ist. Insbesondere seine Ausführungen zu den Begriffen Resistenz und Widerstand bestimmten die Diskussionen während der gesamten Tagung.

Das anschließende Korreferat von Günter Brakelmann, Professor für Christliche Gesellschaftslehre und Zeitgeschichte an der Evangelischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum, zeichnete sich dadurch aus, daß es ohne ausformuliertes Konzept direkt auf die Ausführungen Kurt Meiers einging und dabei auf weitere noch bestehende Desiderata in der Kirchenkampfgeschichtsschreibung hinwies. Zum einen warnte Brakelmann vor einer Beschäftigung insbesondere mit Barmen V, ohne dabei zu fragen, inwieweit der Protestantismus an dem beteiligt gewesen sei, gegen das er sich in Barmen wenden mußte. Für Günter Brakelmann steht Barmen als fundamentale Neubesinnung auf das Kirchesein der Kirche zugleich am Ende eines ebenso fundamentalen Versagens des deutschen Protestantismus angesichts des Aufbaus eines totalitären Staates: „*Ich kann Barmen nicht feiern, ohne den 30. Januar 1933 zu beklagen*“. Beispielsweise habe es keinen Protest gegen die Aufhebung der Grund- und Menschenrechte von seiten der Kirche gegeben. Die Entscheidung gegen Aufklärung und Liberalismus sei vor Barmen gefallen. Es müsse außerdem von einer großen bleibenden Identität einer Mehrheit des Protestantismus zur Rechts-, Innen- und vor allem

zur Außenpolitik gesprochen werden. Zum andern verwies Brakelmann auf die Trennung von Bekenntnis und Widerstand. Politische Gründe hätten zur Zwangsentlassung und zur Emigration bekannter Theologen wie Paul Tillich, Eduard Heimann und Emil Fuchs geführt; eines Bekenntnisses habe es dazu bei ihnen nicht bedurft. In diesem Zusammenhang warf Günter Brakelmann die Frage auf, ob es *einen* gebe, der aufgrund „*theologischer Spitzensätze*“ Widerstand geleistet habe. Wie stehe es denn um den politischen Widerstand der 137 in Barmen versammelten Synodalen? Als weiteren bisher kaum erforschten Komplex nannte Brakelmann den Ansatz, Gemeinde als soziologisches Subjekt zu erfassen. Neben der Theologiegeschichte sei die Kirchengeschichte auch Frömmigkeitsgeschichte. Während des Krieges seien aus Kirchengemeinden Lebensgemeinschaften geworden, z. B. durch Stollenbau wie in Bochum zu Weihnachten 1944. Es fehle die Erforschung der Alltagsfrömmigkeit von Kirchenchristen und Christen überhaupt, betonte Günter Brakelmann.

In der anschließenden Diskussion über beide Vorträge setzten sich viele Tagungsteilnehmer kritisch mit dem von Meier geäußerten Resistenzbegriff auseinander. Günther van Norden stellte gar die Frage, ob dieser Begriff im evangelischen Kirchenkampf verwendbar sei, ob man von Resistenz im Hinblick auf das Bekenntnis sprechen könne. In rheinischen Gemeinden sei Resistenz während des Zweiten Weltkrieges nicht feststellbar, es sei denn, man verstehe die Stärkung des Nischenmilieus als Resistenz. Kurt Meier erklärte dazu, daß der Resistenzbegriff noch nicht im kirchlichen Bereich untersucht worden sei. Er erläuterte, Resistenz sei effizienzorientiert; Resistenz als partieller Widerstand könne z. B. den Bereich der Weltanschauung umfassen; von daher gesehen habe die Barmer Theologische Erklärung eine starke Resistenzkraft. Die Resistenztheorie sei nötig, um Verhaltensweisen besser zu verstehen, erklärte Meier.

Kontrovers wurde der Grad des nationalsozialistischen Einflusses bis Mai 1934 diskutiert. Während Günther van Norden den Staat im Mai 1934 noch nicht als NS-Staat, sondern als faschistischen Staat eines Bündnisses von Nationalsozialismus und alten Kräften interpretierte, schloß sich Günter Brakelmann der Analyse Karl Dietrich Brachers an, der „*die Konsolidierung des totalitären Führerstaats*“ schon für Juli 1933 behauptet. Selbst deutsche Staatsrechtler hätten für das Jahr 1933 festgestellt, daß der totale Staat seine Rechtsform gefunden habe. Brakelmann warnte vor einer Unterschätzung der Zeit ab dem 30. Januar 1933, die zu der Behauptung führe, bei der Abfassung von Barmen V habe man noch nicht wissen können, was noch an Unrecht kommen sollte. Gerade das Gegenteil sei der Fall.

Eine der interessantesten und schwierigsten Gestalten des deutschen Widerstandes charakterisierte Pierre Joffroy aus Paris in seinem Referat über Dipl.-Ing. Kurt Gerstein, das ebenfalls in diesem Jahrbuch nachzulesen ist. Joffroy schilderte in Gerstein einen Mann, der als Christ in der SS unter gefährlichsten Bedingungen, zur Einsamkeit gezwungen, einen großen Dienst für die Menschheit getan habe. Auch auf die revisionistische, neofaschistische Dissertation von Henri Roques ging Joffroy ein. Hier werde der Versuch gemacht, Gerstein als krank darzustellen mit der Schlußfolgerung, seine Berichte seien falsch und Gaskammern habe es demzufolge nicht gegeben.

In der Diskussion standen die Umstände des Todes von Kurt Gerstein am 25. Juli 1945 im Militärgefängnis von Cherche-Midi in Paris im Mittelpunkt. Joffroy, der in seinem Vortrag von Selbstmord Gersteins gesprochen hatte, führte aus, daß die Frage seit Jahren ungeklärt sei, denn ein von Gerstein an den Untersuchungsrichter geschriebener Brief, der als wichtiges Beweisstück dienen könnte, sei verlorengegangen; möglicherweise habe der Untersuchungsrichter den Brief verschwinden lassen. Leider könne auch der Gefängnisarzt zur Aufklärung nicht weiter beitragen, erklärte Joffroy, weil dieser sich nicht näher an die Todesumstände Gersteins erinnere. Die Hintergründe des Todes werden wohl für immer ungeklärt bleiben. Hier hat der Historiker die Grenze des zu Erforschenden erreicht.

Der weitere Verlauf der Tagung stand ganz im Zeichen der Desiderata in der westfälischen Kirchenkampfgeschichtsschreibung. Als erster referierte in Abänderung des Programms Landeskirchenoberarchivrat Privatdozent Dr. Bernd Hey über „Widerstandsbegriff und regionale Forschungsansätze: Zur Erforschung des Widerstandes der Bekennenden Kirche in Westfalen“. In einem ersten Abschnitt skizzierte Bernd Hey kurz die Widerstandsforschung in den Positionen von Dieter Ehlers, Martin Broszat und Richard Löwenthal und wandte sich anschließend der regionalen Widerstandsforschung zu, wobei er einige bislang kaum erforschte Fragestellungen aufwarf: Wie viele evangelische Christen nahmen den Kirchenkampf wahr oder gar an ihm teil? Welches Verhältnis bestand zwischen Pfarrern und Laien? In den Archiven stelle sich die Kirche in erster Linie als „Pastorenkirche“ dar, über die Laien wisse man viel zu wenig. Wie „unchristlich“ waren die Deutschen Christen bzw. wie „nationalsozialistisch“ war die Bekennende Kirche? Ungeklärt sei ferner die Frage nach politischen Inhalten und Wirkungen der Bekennenden Kirche. Bernd Hey nannte als Beispiel Neinstimmen bei der Volksabstimmung über die Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers am 19. August 1934 und hielt es für möglich, daß andere Gruppen die Bekennende Kirche als einzige potentielle Widerstandskraft unterstützt

hätten. Schließlich fragte Hey nach dem Verhältnis von Kirche und Staat, von Bekennender Kirche und Deutschen Christen. Der NS-Staat sei für die Bekennende Kirche der christliche Obrigkeitsstaat geblieben. Mitmachen und Widerstehen seien demnach zwei Seiten derselben Medaille.

Die nachfolgende Diskussion erörterte noch einmal den Begriff der Resistenz. Einige Teilnehmer empfanden den Ausdruck nach wie vor etwas unglücklich. Altpräsident D. Hans Thimme gab aus seiner Sicht eine Standortbestimmung der Bekennenden Kirche. Widerstand sei in diesem Zusammenhang keine zureichende Definition, erklärte Thimme. Man habe keine Widerstandsbewegung sein wollen, doch als rezistenzauslösende Bewegung könne die Bekennende Kirche gesehen werden. Resistenz habe man leisten müssen gegen alles, was gegen das Bekenntnis gerichtet gewesen sei. Zum Wesen der Bekennenden Kirche habe es gehört, daß sie Resistenz ausübte, wenn sie bekannte. Die Bekennende Kirche als Ganzes sei rezistenzauslösend gewesen, ohne damit offenen Widerstand zu betreiben, erklärte Thimme.

Die weiteren Referate gaben Einblick in laufende Forschungsvorhaben zur westfälischen Kirchenkampfgeschichtsschreibung. Prof. Dr. Günter Brakelmann stellte den Werdegang von Hans Ehrenberg (1883–1958) bis 1933 vor. Er schilderte Ehrenberg, der einer säkularisierten jüdischen Familie entstammte, die sich voll in die Welt des deutschen Geistes und der deutschen Gesellschaft integriert fühlte, in dessen verschiedenen Tätigkeitsfeldern als Philosoph, Theologe, politischer Publizist und Pädagoge. Brakelmann verdeutlichte, daß der Weg Ehrenbergs zum christlichen Glauben und zum kirchlichen Leben über die Philosophie geführt habe. Als promovierter Rechts- und Staatswissenschaftler habe Ehrenberg 1907 sein Philosophiestudium begonnen. Nach einer weiteren Dissertation über „Kants mathematische Grundsätze der reinen Naturwissenschaft“ sei 1910 seine Habilitation gefolgt, die es Ehrenberg ermöglicht habe, als Privatdozent und ab Oktober 1918 als außerordentlicher Professor für Philosophie in Heidelberg zu lehren. Der Ertrag seiner philosophischen Arbeit seien drei Disputationen über Fichte, Schelling und Hegel gewesen, geschrieben im Dialogstil. Hans Ehrenberg gehöre somit zweifellos zu den Begründern der dialogisch-existentiellen Philosophie, erklärte Brakelmann. Ehrenbergs politisches Bewußtsein habe sich erst Anfang 1918 gebildet. Seit dieser Zeit sei er als politischer Publizist, u. a. für die Vossische Zeitung, tätig gewesen. Schon vor der Novemberrevolution habe er ein eindeutig republikanisches Bewußtsein gezeigt und sich der SPD angeschlossen, für die er eineinhalb Jahre Stadtabgeordneter in Heidelberg gewesen sei. Der endgültige Durchbruch Ehrenbergs von der Philosophie zur Kirche und zur Theologie – am 3. November 1909 hatte er sich taufen

lassen – sei 1919 gekommen, denn „*die Welt des arbeitenden Volkes und das Erlebnis von Kirche waren ihm entscheidendere Wirklichkeiten geworden*“, betonte Günter Brakelmann. Erster Schritt auf diesem Weg sei Ehrenbergs Anschluß an den Badischen Volkskirchenbund, eine religiös-soziale Gruppe, gewesen. Sein 1922 erschienenes „*Evangelisches Laienbüchlein*“ fasse seine Beschäftigung mit der Arbeiterschaft und der Kirche zusammen. Nach seinem Theologiestudium sei Hans Ehrenberg 1925 Pfarrer in Bochum geworden. Ihm sei es in dieser Position „*um das Kirchesein der Kirche und zugleich um das In-der-Welt-Sein der christlichen Laien in Beruf und Politik*“ gegangen, urteilte Brakelmann. Zentrales Thema für Ehrenberg, einen engagierten Befürworter der Ökumene, sei in Bochum der Antisemitismus geworden, den er 1932 als „*die furchtbarste Krankheit unserer Zeit und unseres Volkes*“ interpretiert habe. „*Er erregt eine Welle des Hasses und der blinden Leidenschaft und muß aller Christen Entsetzen sein . . .*“ Drei Manuskripte über den Antisemitismus, davon eines zusammen mit seinem jüngeren Freund Horst Schirmacher, dokumentierten den Stellenwert dieses Themas für Ehrenberg, der schon 1927 mit zwei Vorträgen über „Jesus und Israel“ sowie „Kirche und Antisemitismus“ in der stärker nationalsozialistisch geprägten Stadt Hattingen für Aufsehen gesorgt habe. Brakelmanns Fazit: Der Kirchenkampf begann für Hans Ehrenberg lange vor 1933.

Der Vortrag von Günter Brakelmann ist inzwischen im Rahmen der Arnoldshainer Texte als Beitrag zu Band 42: Franz Rosenzweig und Hans Ehrenberg. Bericht einer Beziehung, 1986, erschienen.

Die Diskussion war durch Versuche gekennzeichnet, auch Kritik an Ehrenberg vorzubringen, zu fragen, wo er dem Zeitgeist von 1933 erlegen sei. Als Quelle wurde dazu ein Entwurf von Hans Ehrenberg in Verbindung mit etlichen Pfarrern des westfälischen Ruhrbezirks unter dem Titel „*Bekenntnisfront*“ von August 1933 angeführt (abgedruckt in: *Vergessene Bekenntnisse des Jahres 1933*, neu hrsg. v. Karl Heinz Potthast, Bielefeld 1984, S. 34–38 [Materialien für den Dienst in der Evangelischen Kirche von Westfalen, hrsg. im Auftrag des Landeskirchenamtes von LKR Karl Heinz Potthast, Reihe A Theologie und Verkündigung, Heft 21]). Im Abschnitt C, Von der Haltung der Kirche, ist dort zu lesen: „*Wir sagen Ja: 1. Zu dem Weg unseres Volkes als Aufbruch zu dem deutschen Sozialismus . . . 2. Zu der völkischen Gesellschaft . . . 3. Zum völkischen Menschen . . .*“ Günter Brakelmann erklärte dazu, daß der Zeitgeist, dem man in der Mitte des Textes unterliege, am Ende des Textes überwunden werde. Im gleichen Text würden Widersprüche aufgezeigt, die sich zum Nein lösten, denn am Ende des Textes heiße es: „*Wir sagen Nein: . . . der völkische Mensch will nur Gesetz, wir Gesetz und Erlösung; der völkische Mensch will nur Verwurzelung im Irdi-*

schen, wir erlöste Natur; der völkische Mensch will nur Zucht, wir Zucht und Ehrfurcht; der völkische Mensch will nur Unterordnung und Gemeinnutz, wir Gliedschaft und Dienst aus erfahrener Barmherzigkeit; der völkische Mensch will Heldentum und Kameradschaft, wir Auftrag und Bruderschaft.“

Über „Frühe ökumenische Kontakte der Bekennenden Kirche (1933/34)“ berichtete im Anschluß daran Martin Rosowski aus Bochum. Rosowski vertrat die These, daß eine Reihe von Theologen, vor allem aus Bochum, um Pfarrer Hans Ehrenberg als erste den Kontakt zum Ausland und hier insbesondere zu den Niederlanden gesucht hätten. Zugleich habe Pfarrer Gerhard Klose im Auftrag Ehrenbergs zweimal, im September 1933 noch als Vikar und 1935, den Bischof von Chicester und Vorsitzenden des Ökumenischen Rates für praktisches Christentum, George Bell, in Großbritannien aufgesucht und detailliert über die Lage der Christen in Deutschland berichtet. Im Zentrum der Ausführungen von Martin Rosowski standen Erläuterungen zu zwei Konferenzen deutscher und holländischer Christen am 8. und 9. September 1933 in Kattenvenne sowie am 16. und 17. April 1934 in Woudschoten. Von holländischer Seite habe an der Zusammenkunft in Kattenvenne eine Abordnung des Ausschusses der reformierten Organisation ‚Kirchenaufbau‘ für die Verbindung der Christen im Ausland unter dem geheimen Titel ‚Kommission Kirche und Nationalsozialismus‘ teilgenommen. Deutsche Gesprächspartner seien die Bochumer Pfarrer Ehrenberg, Fischer und Steil, einige Theologen aus Bethel sowie die Pfarrer Schmitz, Thiemann und Pabst aus dem Tecklenburgischen gewesen. Von den vier dort verhandelten Programmpunkten seien zur Zeit Rückschlüsse und Interpretationen zu den Themen ‚Neuer Staat‘ sowie ‚Kirchliche Zeitlage‘ möglich, erklärte Rosowski. In Vorträgen hätten Hans Ehrenberg und Hans Fischer dazu Stellung genommen, so daß die Niederländer mit detaillierten Informationen über die Entwicklung in Deutschland zurückgekehrt seien. Rosowski urteilte: „*Erstaunt hatten sie die Befürwortung des Staates zur Kenntnis genommen, erschüttert waren sie über die Repressalien gegen ihre Mitbrüder.*“ Ein auf beiden Seiten größerer Teilnehmerkreis sei im April 1934 in Woudschoten zusammengekommen. Die Mitarbeit von Gerhard Klose sowie insbesondere von Lic. Albert Schmidt, beide Pfarrer in Bochum, stellte Martin Rosowski deutlich heraus. Die Vorträge der niederländischen Brüder seien von dem Versuch gekennzeichnet gewesen, Verständnis aufzubringen für die besondere Situation in Deutschland und für den damit verbundenen Nationalismus der deutschen Teilnehmer. Insgesamt sei es in Woudschoten nicht mehr allein um Themen des Kirchenkampfes gegangen, sondern aus diesen aktuellen Fragen habe sich eine Diskussion allgemeintheologischer Probleme von ökumenischem Cha-

rakter entwickelt, die mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit geführt worden sei, resümierte Martin Rosowski.

Die in der Diskussion auftauchende Frage nach Fortbestand dieser Kontakte mußte Rosowski mit Nein beantworten.

Anschließend referierte Frau Akademische Oberrätin Edith Stallmann aus Göttingen über „Martin Stallmann – oppositioneller BK-Pfarrer im westfälischen Kirchenkampf“. Stallmann sei durch eine starke Abneigung gegenüber politischen Pfarrern gekennzeichnet gewesen, erklärte Frau Stallmann. Im Januar 1933 habe er seine Meinung dahingehend revidiert, vor der NSDAP warnen zu müssen. Bedeutsam sei für ihn die Frage gewesen: Wann darf die Kirche den Sieg des Volkes feiern? Wann darf die Kirche zum Dank gegen Gott aufrufen? Im Zusammenhang mit den Wahlen vom 5. März 1933 sei für Stallmann diese Frage negativ ausgefallen, so daß es mit dem Lehrer der Schule von Grevenbrück, wo Stallmann seit 1929 Pfarrverweser war, zu einem Streit um das Hissen der Fahnen gekommen sei. Die Eigenschaft oppositionell charakterisierte Frau Stallmann aufgrund einer Entscheidung Martin Stallmanns, der seit Januar 1934 Pfarrer an der Dortmunder Petri-Nicolai-Gemeinde war, die Zusage der Teilnahme an einer von Pfarrer Karl Lücking initiierten Protestaktion gegen die Maßnahmen des Staatskommissars August Jäger von Juni 1934 zu widerrufen. Stallmann habe seine Entscheidung damit begründet, daß er eine Fortsetzung der „reaktionären Kirchenhaltung“ gegenüber dem Staat, wie er sie schon aus der Zeit der Weimarer Republik kannte, fürchtete. Die Haltung Stallmanns gegenüber der Bekennenden Kirche sei durch Kritik gekennzeichnet gewesen, erläuterte Frau Stallmann. Am meisten habe Stallmann der Bekennenden Kirche angelastet, daß sie nicht über die Kirchenwirren hinausgekommen sei. Seine Gedanken zur Barmer Synode von Mai 1934 seien eindeutig kritischer Natur gewesen: Die BK-Synode, so Stallmann, sei einig in der Front gegen das Kirchenregiment, nicht aber stark zum Aufbau. Eine Kirche könne von der Abwehr der Welt „leben“, dann aber sei sie nicht Salz, sondern Pharisäerkirche. Die BK-Synode beschäftige sich mit der Abwehr der Deutschen Christen. „Aber wo ist ihre Lehre? Zu Volk und Staat, zum bedrängten herrenlosen Gewissen?“ Seine eigene Lage habe Stallmann im Blick auf den Zustand seiner Kirche mit „schrecklich zwischen den Fronten“ bezeichnet. Frau Stallmann erklärte, er sei bei beiden Gruppen nicht heimisch gewesen, insbesondere bei der Bekennenden Kirche nicht, weil Stallmann die Meinung vertreten habe, daß Kirche nur dann Kirche sei, wenn sie nicht nur Verantwortung für die Kirche trage, sondern sich gegenüber dem Volk und dem Staat richtungsweisend mit ihrem Wort erweise.

In der anschließenden Diskussion bemerkte Altpräses D. Hans Thimme, daß man sich zunehmend über Stallmann geärgert habe, je stärker dieser Konfessionalist geworden sei. Man darf wohl feststellen, daß das Verhältnis Martin Stallmann – Bekennende Kirche von beiden Seiten kritisch beurteilt wurde.

Den organisationsmäßigen Zusammenschlußinitiativen von Deutschen Christen nach dem Zweiten Weltkrieg ging Landeskirchenoberarchivrat Dr. Bernd Hey in seinem Referat „Die Kirchengeschichtliche Arbeitsgemeinschaft (Minden): ein Solidarisierungsversuch ehemaliger Deutscher Christen“ nach. Die Bemühungen des ehemaligen DC-Synodalassessors des Kirchenkreises Hagen, Friedrich Niemann, des ehemaligen Bischofs des Evangelischen Bistums Münster, Bruno Adler, und des Oberregierungs- und Schulrats i. R. Prof. Wentz, eine Kirchengeschichtliche Arbeitsgemeinschaft einzurichten, können in diesem Jahrbuch nachgelesen werden, da auch dieser Vortrag abgedruckt ist.

In der Diskussion ging es zunächst um allgemein interessierende Fragen zu diesem Themenkomplex. Aus den Antworten Bernd Hey wurde deutlich, daß die DC-Arbeitsgemeinschaft in Westfalen kein Einzelfall war und diese Organisation auch über Mitglieder im gesamten Bundesgebiet verfügte. Auf die Frage nach nochmaliger Schulung von DC-Pfarrern nach 1945 berichtete Altpräses D. Hans Thimme über seine Tätigkeit im Predigerseminar Haus Kupferhammer bei Brackwede. Besondere Aufgaben seien zu jener Zeit die Einführung von Theologen aus anderen Landeskirchen in Westfalen sowie die Eingliederung von DC-Theologen in die neue Richtung durch sogenannte „Entbräunungskurse“ gewesen, an denen jeweils zwischen 20 und 25 Personen teilgenommen hätten. Die Bekennende Kirche habe die Deutschen Christen nicht als Kontrahenten gesehen, erklärte Thimme, sondern „*wir haben uns als die Kirche verstanden*“. Bernd Hey bemerkte dazu, daß die DC-Seite das anders gesehen habe.

Auf den in der Forschung etwas vernachlässigten Verbandsprotestantismus ging Dr. Jochen-Christoph Kaiser, Privatdozent am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, in seinem Vortrag „Die Arbeitsgemeinschaft missionarischer und diakonischer Werke und Verbände“ ein. Die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft, der Ende 1935 33 Spitzenverbände, 164 weitere Einrichtungen und 133 Einzelpersonen angehörten, sowie das geschickte Taktieren ihres Leiters, Friedrich von Bodelschwingh, sind in den Ausführungen Kaisers in diesem Jahrbuch nachzulesen.

Die Diskussion verdeutlichte die lavierende Position der Verbände. Die Bemerkung, daß beispielsweise die Innere Mission sich keinen Anschluß an die Bekennende Kirche habe leisten können, bestätigte Kaiser. Der Pragmatismus der von staatlichen Geldern abhängigen

Verbände sei ein Zwang gewesen, der viele diakonische Einrichtungen gelähmt habe. Andere wieder hätten das Spiel von Kooperation und Dissenz meisterhaft und virtuos gehandhabt. Schließlich seien die Verbände nicht gleichgeschaltet worden, betonte Jochen-Christoph Kaiser. Altpräsident D. Thimme ging über den Begriff Pragmatismus noch hinaus und sprach von grundsätzlichen Erwägungen. Friedrich von Bodelschwing beispielsweise habe sich einer Eingliederung von Bethel in die Kirche ohne Unterschied gegenüber Deutschen Christen oder Bekennender Kirche widersetzt. Das gleiche gelte auch gegenüber der Westfälischen Landeskirche nach 1945 durch den Neffen Friedrich von Bodelschwingh.

Es gab aber in Iserlohn nicht nur etwas zu hören, sondern auch zu sehen: Kirchenverwaltungsdirektor Friedrich Wilhelm Bauks aus Münster präsentierte nach einleitenden biographischen Bemerkungen zu Pfarrer Bruno Adler, die ebenfalls in diesem Jahrbuch abgedruckt sind, den Dokumentarfilm eines Amateurs, der die Einführung des Bischofs Adler in Münster am 11. November 1934 durch Reichsbischof Müller zum Inhalt hatte. Insbesondere der große Umzug mit mehreren hundert Fahnen der Deutschen Christen wurde im Film deutlich herausgestellt.

Der dritte Tag begann mit einem Gottesdienst. In seiner Predigt ging Vizepräsident Dr. Helmut Begemann insbesondere auf die Barmer Theologische Erklärung ein.

Auf der Suche nach der Wirklichkeit ist zur Zeit eine beim Provinzialinstitut für Westfälische Landes- und Volksforschung angesiedelte Forschungsgruppe, die sich mit der Geschichte der sieben westfälischen Heil- und Pflegeanstalten in der Zeit der NS-Herrschaft beschäftigt. Dr. Karl Teppe und Dr. Bernd Walter berichteten aber nicht nur über „Die Durchführung des Euthanasie-Programms in Westfalen“, sondern gaben Einblicke in das gesamte Forschungsvorhaben. Vier Schwerpunkte lassen sich dabei unterscheiden: 1. Wie stellte sich die Gesundheitspolitik im Provinzialverband dar? 2. Wie gestaltete sich die Alltagswirklichkeit in den Anstalten? 3. Frage nach der Durchführung der Sterilisation; 4. Frage nach der Durchführung der Euthanasie. Hierzu würden zur Zeit 6000 Patientenakten mit Hilfe von EDV ausgewertet. Ein weiter Fragenkatalog liegt vor den Wissenschaftlern. Karl Teppe nannte insbesondere: Wie wirkte sich die NS-Politik auf die Patienten aus? Wie reagierten die Ärzte auf die Ideologie? Welche Rolle spielten Gesundheitsämter und Fachärzte beim Sterilisationsprozeß? Wie haben sich Patienten vor Gericht verhalten? Gab es eine Trennung in Erb- und nicht Erbkrankte? Änderten sich Diagnosen unter dem Einfluß der Nationalsozialisten? Wurde der Kontakt der Patienten zur Außenwelt reduziert? – Konkreter äußerte sich Bernd Walter in bezug auf die

Durchführung des Euthanasie-Programms in Westfalen. Seit Juni 1940 seien Meldebögen verschickt worden, um über bestimmte Kranke Informationen zu sammeln. Der durch von Bodelschwingh dagegen geäußerte Protest habe diese Aktion nur verzögern, nicht aber verhindern können. In drei Phasen seien zwischen 1940 und 1943 insgesamt fast 5800 Patienten aus den Heilanstalten verlegt worden, 1350 davon bei einer Vergasungsaktion während der zweiten Phase umgekommen. Auch wenn die Patienten in der dritten Phase nicht mehr in Tötungsanstalten verlegt worden seien, so hätten dennoch aufgrund besonders nährstoffarmer Kost sowie durch Überdosen an Beruhigungs- und Schlafmitteln die meisten die Zeit bis 1945 nicht überlebt.

Die sich anschließende Diskussion vertiefte und ergänzte die Ausführungen der beiden Referenten. Zum einen wurde dabei deutlich, daß es auch Euthanasie an Kindern gegeben habe. Vorausgegangen seien aber jeweils mehrmonatige Beobachtungen, die mit wissenschaftlichen Methoden durchgeführt worden seien, erklärten Teppe und Walter. Zum andern wurde die Person Friedrich von Bodelschwinghs gewürdigt und gegen Angriffe im Buch von Ernst Klee: „Euthanasie“ im NS-Staat – Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ (Frankfurt a. M. 1983) verteidigt. Für von Bodelschwingh habe der Schutz seiner Patienten an erster Stelle gestanden. Von daher erkläre sich sein hinhaltender Widerstand sowie eine starke Geheimhaltungsverpflichtung. Die Frage nach Schutz von Patienten gegenüber Verlegungen konnte teilweise bejaht werden. Es seien Fälle bekannt, bei denen Patienten während einer Verlegungsphase vom Krankenhaus in ihre Familien gegeben worden seien, berichteten die beiden Wissenschaftler. Auch zu diesem Thema wurde wiederum die Frage der Resistenz erörtert. Abgesehen davon, daß eine konspirative Tätigkeit nicht aktenkundig sein könne, habe es vereinzelt Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger gegeben, die ihre Tätigkeit in den Heil- und Pflegeanstalten aus Gewissensgründen nicht angetreten hätten. Nicht zu beweisen sei in diesem Zusammenhang auch die Behauptung von Ärzten, viele Patienten von den Transportlisten gestrichen zu haben. Falls das zuträfe, sei dieses Verhalten als Resistenz zu interpretieren.

Die abschließende Schlußdiskussion griff bereits Themen einer möglichen zweiten Tagung über den Kirchenkampf in Westfalen auf:

1. Untersuchung der Bedeutung Westfalens im deutschen Kirchenkampf;
2. Erforschung der Kirchenkampfeignisse vor Ort in Gemeinden unter Berücksichtigung von Traditionen und Kontinuitäten;
3. Einbeziehung von Predigt und Agende mit dem Ziel, das Verhalten insbesondere der DC-Pfarrer gegenüber den kirchlich vorgeschriebenen Büchern zu analysieren;

4. verstärkte Zusammenarbeit zwischen Westfalen und Rheinland
(Komparatistik).

Angesichts der am Ende aufgezeigten weiteren Desiderata dürfte eine zweite regionalgeschichtliche Tagung der Kommission zur Erforschung des Kirchenkampfes in Westfalen nur eine Frage der Zeit sein.

Dirk Bockermann